

## Präimplantationsdiagnostik

# Ernsthaftigkeit der Überlegungen von Paaren nicht unterschätzen

**Jean Martin**

Ehemaliges Mitglied der Nationalen Ethikkommission, Mitglied der Redaktion



Am 14. Juni stimmt das Volk über die Änderung von Artikel 119 der Verfassung ab. Die Änderung ist erforderlich wegen einer neuen Bestimmung des Gesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (FMedG), das die Präimplantationsdiagnostik (PID) zulässt. Bekanntlich ist die PID in einigen Nachbarländern erlaubt – Schweizer Paare müssen heute dorthin reisen, wenn sie diese Technik nutzen wollen.

Manche sind der Ansicht, dass hier eine inakzeptable Ausartung der Eugenik vorliegt, und kritisieren den Drang hin zum perfekten Kind (obwohl man hier vom Verhindern schwerer Erkrankungen spricht). Zur Erinnerung: Die Pränataldiagnostik (PND) wird bei uns praktiziert, d.h., Untersuchungen während der Schwangerschaft, mit der Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs (SA), wenn eine Anomalie festgestellt wird. Die Option SA hängt allein vom Entscheid der Frau bis zur 12. Schwangerschaftswoche ab; so wollte es das Volk im Jahr 2002.

Die Gegner scheinen zu glauben, dass der Entscheid bei der PND weniger schwerwiegend ist als bei der PID, bei der man in vitro, also bevor es zu einer Schwangerschaft gekommen ist, einen Embryo ohne gravierenden genetischen Defekt auswählt. Welche Rücksicht aber nehmen sie dabei auf die Realität im Leben unserer Zeitgenossen? Schon heute werden Entscheidungen getroffen, die von niemandem bestritten werden: Unabhängig jeglicher Medizinaltechnik wählen Paare den Zeitpunkt selber, wann und wie viele Kinder bekommen möchten. Mit fünf Kindern gilt man heute schon als Grossfamilie, aber biologisch gesehen könnte eine Frau auch zwanzig haben. Es könnten also noch viel mehr Kinder zur Welt kommen.

Wenn die Entscheidung darüber, «wer lebt und wer stirbt», heutzutage – aus welchen Gründen auch immer – tagtäglich innerhalb der Familien getroffen wird, ist es dann richtig, dass die Medizin denjenigen nicht helfen dürfen soll, bei denen ein grosses Risiko besteht, dass sie Kinder mit schwerwiegenden Defiziten bekommen? In wessen Namen? Etwa aus der Überlegung, sie in Abhängigkeit einer «Natur» zu lassen, die mit ihren Keimzellen würfelt?

Ein weiteres Argument ist die Befürchtung, dass Menschen mit einer Behinderung immer seltener und so weniger von der Gesellschaft akzeptiert werden. Diese Besorgnis verdient unseren vollen Respekt. Indessen, wenn es so wäre, würde es bedeuten, dass eine Gemeinschaft nur

dann solidarisch sein kann, wenn ein gewisser Prozentsatz der Menschen behindert ist? Vertreter betroffener Familien nahmen vor kurzem in einer Radiodebatte ausgewogene Positionen ein. Auch wenn sie ihrem behinderten Kind sehr viel Liebe gäben, würden sie sich dennoch wünschen, mithilfe der PID ein Kind haben zu können, das diese schwere Lebensbürde nicht tragen müsste.

Ein Philosoph meinte zu diesem Thema, man könne die Entscheidungen, die mit der PID einhergehen, doch nicht der «Willkür der Eltern» überlassen. Wir sollten dabei nicht vergessen, dass Entscheidungen ähnlicher Art schon jetzt völlig frei getroffen werden. Ich war Kantonsarzt und glaube an die Rolle des Staates. Aber ich glaube auch, dass der Staat Zurückhaltung üben sollte, bevor er das private Leben seiner Bürger regeln will. Fürchtet denn eine «Elite», dass der einfache Bürger unüberlegte Entscheidungen aus reiner Bequemlichkeit trifft?

Véronique Fournier vom Centre d'éthique de l'Hôpital Cochin in Paris hat mit vielen Paaren gesprochen und meint: «Der Gedanke an sich, dass eine durch die Gesellschaft eingerichtete Schutzmassnahme [ungeborene] Kinder vor der Zügellosigkeit ihrer Eltern schützen solle, war ihnen unverständlich. Wer denn sonst, wenn nicht sie, kennt den eigentlichen Preis einer solchen Entscheidung? Jedoch verstanden sie, dass auch ihr Arzt mit anderen zusammen darüber nachdenken muss, um den Eltern den besten Rat geben zu können.» Sollen etwa in einem Land wie unserem, das die Freiheit des Einzelnen hoch hält, eine offizielle Kommission oder Beamte «intelligenter» sein als die betroffenen Paare?

Die Medizin und ihr Fortschritt stellen grosse Herausforderungen dar. Dies erfordert ethische Überlegungen. Ethik-Experten müssen aber die Realität und den gesunden Menschenverstand in ihr Nachdenken miteinbeziehen.

Auf die Gefahr hin, das Ganze zu nüchtern zu betrachten, noch ein Gedanke: Wenn wir die PID ablehnen, halten wir die Situation aufrecht, in der begüterte Menschen diese Unterstützung im Ausland bekommen (NB: ein Ausland, das auch zivilisiert ist), weniger zahlungskräftige Familien aber nicht – ein materielles Argument, aber können wir es völlig ignorieren? Auch hier geht es doch darum, eine einigermassen solidarische Gesellschaft zu erhalten.

jean.martin[at]saez.ch